



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 31.03.2025
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:34 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitz

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Mitglied

Dr. Andreas Kerath

Kira Wisnewski

Shady Al-Khoury

bis TOP 8.12 (öffentlicher Teil)

Johannes Barsch

Yannick Elias Bauer

Stephan Bucars

Ulf Burmeister

ab TOP 3 (öffentlicher Teil)

Bernd Fleischmann

Robert Gabel

Tobias Gehrke

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Yvonne Görs

ab TOP 3 (öffentlicher Teil)

Dr. Anke Hahnenkamp

Torsten Heil

ab TOP 2 (öffentlicher Teil)

Hennis Herbst

Tobias Herkules

Axel Hochschild

Katharina Horn

Anja Hübner

Antonia Linea Huhn

Jörg König

Nikolaus Kramer

bis TOP 8.11 (öffentlicher Teil)

Jörg-Uwe Krüger

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Marian Alfred Moscinski

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Gerd-Martin Rappen
Stephan J. Reuken
Susanne Schmidt ab TOP 2 (öffentlicher Teil)
Dr. Mignon Schwenke
Lea Alexandra Siewert
Birgit Socher
Dr. Jörg Valentin ab TOP 2 (öffentlicher Teil)
Erik von Malottki
Prof. Dr. Felix von Podewils
Luis Weber ab TOP 8.8 (öffentlicher Teil)
Andreas Winter
Dr. Monique Wölk
Grit Wuschek
Ingo Ziola

Protokollführung
Sarah Wiesenberg

Abwesend

Mitglied
Camille Damm entschuldigt
Franziska Leesch entschuldigt

Verwaltung

Dr. Stefan Fassbinder Oberbürgermeister, Dezernent für Innere Verwaltung,
Bildung, Kultur und Sport
Achim Lerm Dezernent für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und
Brandschutz, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Tobias Schreiber Rechtsamt, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2025
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Beschlusskontrolle
- 7.1 Kein Gendern in der Außendarstellung BV-P-ö/08/0129
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1 Besetzungen und Zuteilungen
- 8.2 Prüfauftrag: Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße BV-P-ö/08/0125-02
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM
- 8.2.1 Änderungsantrag BV-P-ö/08/0125-03
Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0125
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke
- 8.3 Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt BV-P-ö/08/0143-01
Johannes Barsch - antragsberechtigt für die OTV Innenstadt
- 8.3.1 Änderungsantrag zu: Aktualisierung des Verkehrskonzeptes BV-P-ö/08/0143-02
Innenstadt
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0143
Katja Wolter, Antragsberechtigt für den Fachausschuss
- 8.4 Greifswald ökologisch & demokratisch: Wahlplakatreste entfernen BV-P-ö/08/0139-02
*Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI*

neue Version am 27.03.2025
- 8.5 Einführung eines Mietwucher-Tools BV-P-ö/08/0141-01
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

8.5.1	Änderungsantrag zu: Einführung eines Mietwucher-Tools Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0141-01 Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI <i>neue Version am 25.03.2025 - finanzielle Auswirkungen ergänzt</i>	BV-P-ö/08/0141-03
8.6	Korrektur zum Doppelhaushalt 2025/2026: Projekt „Welcome Center“ der ABS Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH (ABS gGmbH) AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	BV-P-ö/08/0146-01
8.7	Chancen des Sondervermögens Infrastruktur nutzen CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	BV-P-ö/08/0147
8.8	Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF	BV-V/08/0111
8.9	Grundsatzbeschluss: Mein Greifswald 2030, was bewegt mich? - Ein Zukunftsrat für Greifswald <i>neue Version am 31.03.2025</i>	BV-V/08/0089-01
8.10	Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseevierviertel	BV-V/08/0051-01
8.10.1	Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseevierviertel Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051 Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG- AdbM	BV-V/08/0051-02
8.11	Schulrechtliche Errichtung des "Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich" am Interimsstandort „Sporthalle Feldstraße“ zum Schuljahr 2026/2027	BV-V/08/0129
8.12	Wahl zum Gemeindegewahlleiter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/08/0137
8.13	Neufassung der Satzung des Stadtarchivs	BV-V/08/0095-02
8.14	Neufassung der Archivbenutzungssatzung des Stadtarchivs der Universität- und Hansestadt Greifswald	BV-V/08/0096
8.15	Neufassung der Entgeltordnung des Stadtarchivs	BV-V/08/0097
8.16	Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Gemeinde Neuenkirchen zum Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages	BV-V/08/0125-01
8.17	Anpassung der Grundstückspreise im B-Plan 13	BV-V/08/0091-01
8.18	31. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 120 – Ostseevierviertel-Ryckseite-Ost -)	BV-V/08/0109

- | | | |
|--------|--|-------------------|
| 8.19 | Bebauungsplan Nr. 120 - Ostseeviertel-Ryckseite-Ost - der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Aufstellungsbeschluss | BV-V/08/0110 |
| 8.20 | Bebauungsplan Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost –,
Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss (2. Durchgang) | BV-V/08/0133 |
| 8.21 | 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzung an
öffentlich-rechtlichen Straßen, Wegen und Plätzen | BV-V/08/0083 |
| 8.22 | Prüfauftrag: Sanierung des Volksstadions ermöglichen!
<i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</i> | BV-P-ö/08/0140 |
| 8.23 | Unterstützung des Handball Club Vorpommern-Greifswald
<i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</i> | BV-P-ö/08/0142 |
| 8.23.1 | Änderungsantrag zu: Unterstützung des Handball Club
Vorpommern-Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0142
<i>CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</i> | BV-P-ö/08/0142-01 |
| 8.24 | Spielzeugkisten an Spielplätzen der Universitäts- und
Hansestadt Greifswald
<i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</i> | BV-P-ö/08/0144-01 |
| 9 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft | |
| 10 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit
der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2025
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des
Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen der Präsidentin
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt einige Hinweise zum Livestream, zur Speicherung der Aufnahme, zur Möglichkeit des Widerspruchs der eigenen Aufnahme, zur Löschung sowie zum Verbot der Replizierung. Einen Widerspruch gegen die eigene Aufnahme gibt es auf Nachfrage nicht.
- . informiert über die anwesenden Medienvertretenden.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . teilt mit, dass sich das Präsidium auf eine verbundene Aussprache zu den Tagesordnungspunkten
 - 8.2 bis 8.3
 - 8.13 bis 8.15
 - 8.18 bis 8.19geeinigt habe.
- . informiert über

neue Versionen zu Beschlussvorlagen

- zu TOP 8.4 „*Greifswald ökologisch & demokratisch: Wahlplakatreste entfernen*“ (BV-P-ö/08/0139-02)
- zu TOP 8.5.1 „*Änderungsantrag zu Einführung eines Mietwucher-Tools Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0141-01*“ (BV-P-ö/08/0141-03)
- zu TOP 8.9 „*Grundsatzbeschluss: Mein Greifswald 2030, was bewegt mich? - Ein Zukunftsrat für Greifswald*“ (BV-V/08/0089-01)

nachträglich eingegangene Änderungsanträge

- zu TOP 8.3 „*Änderungsantrag zu: Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0143*“ (BV-P-ö/08/0143-02)
- zu TOP 8.23 „*Änderungsantrag zu: Unterstützung des Handball Club Vorpommern-Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0142*“ (BV-P-ö/08/0142-01)

Herr Hochschild

- . beantragt, den TOP 8.11 „*Schulrechtliche Errichtung des "Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich" am Interimsstandort „Sporthalle Feldstraße“ zum Schuljahr 2026/2027*“ (BV-V/08/0129) von der Tagesordnung zu streichen, da die Kosten bereits im Haushalt veranschlagt seien.

Der Oberbürgermeister

. macht darauf aufmerksam, dass der Punkt 1 des Beschlussvorschlages notwendig sei, um das Ministerium zu beauftragen, eine neue Schule zu errichten. Dieses Vorgehen sei rechtlich vorgeschrieben. Über die Notwendigkeit von Punkt 2 des Beschlussvorschlages könne diskutiert werden.

Frau Schmidt, Herr Dr. Valentin und Herr Gehrke nehmen an der Sitzung teil.

Frau Felkl

. zitiert aus einem Bescheid des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur aus dem Jahre 2020, indem auf die erforderliche Beschlussfassung hingewiesen werde.

Herr Heil nimmt an Sitzung teil.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Antrag von Herrn Hochschild auf Streichung des TOPs 8.11 von der Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	31	0

Herr Kramer

. zieht die Beschlussvorlage „Korrektur zum Doppelhaushalt 2025/2026: Projekt „Welcome Center“ der ABS Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH (ABS gGmbH)“ (BV-P-ö/08/0146-01) der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft unter TOP 8.6 zurück.

Weiterer Änderungsbedarf besteht nicht.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	4

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.02.2025

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Burmeister und Frau Görs nehmen an der Sitzung teil.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Bei der Abstimmung haben Frau Görs und Herr Herbst ihre Stimme nicht abgegeben.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Wuschek

. fragt, ob die Einwohner und Einwohnerinnen von vorn sprechen können.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. antwortet, dass Frau Gabel ihre Anfragen vom vorgegebenen Platz vortragen könne.

Frau Gabel

. stellt folgende Fragen

- Wie viele Anregungen der Bevölkerung seien realisiert worden und wie viele nicht?
- Welche Gründe habe es gegeben, die Anregungen nicht umzusetzen?
- Seien es rechtliche oder finanzielle Gründe oder fehlender politischer Wille der jeweiligen Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder oder ... gewesen?
- Wo und wie werden die Einwohner und Einwohnerinnen über realisierte Anregungen informiert?
- Wie viele Bäume seien zwischen 2021 und 2024 gefällt worden?
- Wie viele Ersatzpflanzungen für diese gefällten Bäume seien vorgenommen worden?
- Habe es über die Ersatzpflanzungen hinaus weitere Baumpflanzungen gegeben?
- Wo könnten in Greifswald Tiny-Wälder angelegt werden (10 m × 10 m oder 20 m × 20 m oder 10 m × 20 m)?

. regt an, möglicherweise die Areale Schönwalder Landstraße Ecke Lomonossowallee, auf Seiten der Gustebiner Wende und auf der großen Wiese an der Ernsthofer Wende für Tiny-Wäldchen zu nutzen.

Herr Lerm

. teilt mit, dass die Beantwortung dem Protokoll beigelegt werde. Allerdings könne gesagt werden, dass im Falle von Baumfällungen stets Ausgleichspflanzungen vorgenommen werden.

Herr Schreiber

. informiert, dass in den Jahren 2023/24 120 Ideenmeldungen über das Portal zur Bürgerbeteiligung „Klarschiff“ eingegangen seien. Die Anzahl der Umsetzungen könne kaum bestimmt werden, da es unterschiedliche Arten der Umsetzungen gebe. Bei den Vorhaben mit der Meldung „wird nicht bearbeitet“ habe es innerhalb der vorgegebenen drei Monate nicht ausreichend Unterstützung durch mind. 15 Personen gegeben. Dadurch gehen diese Ideen nicht weiter in die Verwaltung. Nichtsdestotrotz werden jedoch die Ortsteilvertretungen über alle Ideenmeldungen informiert. Die Politik werde einbezogen, soweit die Verwaltung die Notwendigkeit ihrer Beteiligung sehe.

Frau Adelsberger

. berichtet von der Inanspruchnahme des Bereitschaftsdienstes für die zahnärztliche Versorgung. Nach ihrer Information sei dieser für das infrage kommende Wochenende in Bergen oder Wolgast anzutreffen.

. kritisiert, dass Greifswald trotz einer vorhandenen Universitätsmedizin keinen Bereitschaftsdienst vor Ort habe.
Beim ärztlichen Notdienst sei mit stundenlangen Wartezeiten zu rechnen. Insbesondere für ältere Menschen sei dies schwer auszuhalten, da es dort auch keine Versorgung mit Essen oder Trinken gebe.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. bedauert diesen Zustand und antwortet, dass das Anliegen mitgenommen werde.

Frau Horn

. ergänzt, dass die Greifswalder Bürgerschaft wenig Einfluss darauf nehmen könne. Allerdings könnten die Mitglieder dieses Anliegen in ihre Parteien und so in die Bundes- und Landesebene tragen. Es bestünden große Missstände im Gesundheitswesen, die insbesondere die ländlichen Regionen betreffen.
Der Appell werde mitgenommen.

Frau Adelsberger

. fügt hinzu, dass die Bereitschaftsärzte und -ärztinnen ein derart großes Einzugsgebiet innehätten, wodurch die langen Wartezeiten zustanden kommen.

Anlage 1 Beantwortung der Fragen hinsichtlich der Baumfällungen und -pflanzungen
öffentlich

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
. berichtet, dass in diesem Jahr im Benehmen mit der Präsidentin der Bürgerschaft die Verleihung der Rubenow-Medaille stattfinden werde. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald verleihe in diesem Jahr dem früheren Dekan der Medizinischen Fakultät Greifswald, Herrn Prof. Heyo Kroemer, diese Medaille. Er habe in seiner Amtszeit in entscheidender Weise dazu beigetragen, die Universitätsmedizin nicht nur zu erhalten, sondern zukunftsfähig zu machen. Unter seiner Leitung etablierte sich die Universitätsmedizin zu einem Leuchtturm in Forschung, Wissenschaft, Ausbildung, Pflege, Diagnose und Heilung. Seit September 2019 sei er Vorstandvorsitzender der Charité Universitätsmedizin Berlin, unterstütze jedoch von dort aus regelmäßig die Universitätsmedizin Greifswald.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Beschlüsse des Hauptausschusses
vom 17.03.2025 öffentlich

6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 - . informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
 - . ruft zur Beteiligung als wahlhelfende Person bei der Landratswahl am 11.05.2025 sowie bei der möglichen Stichwahl am 25.05.2025 auf, da hier noch Unterstützung benötigt werde.
 - . begrüßt, angesichts des Investitionsstaus und der schwierigen Haushaltslage vieler Kommunen, das beschlossene Sondervermögen „Infrastruktur“, wodurch auch auf der kommunalen Ebene zusätzliche Mittel für Investitionen bereitstehen werden.
 - . werde gemeinsam mit dem Oberbürgermeister darauf hinwirken, dass Greifswald noch in dieser Wahlperiode mindestens die erste Auszahlung erhalten werde.
- Die von der Bürgerschaft beauftragte und von der ehemaligen Bausenatorin, Frau von Busse, vorgenommene Stadtentwicklung in Schönwalde I und II sei mit dem Preis „Klimaquartier“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ausgezeichnet worden.
- Im letzten Jahr sei die Zahl von 300.000 Übernachtungen in Greifswald überschritten worden.
- . berichtet von ihrer Bürgersprechstunde am 20.03.2025 im Schönwalder Stadtteil- und Begegnungszentrum „SchwalBe“. Anliegen, die nicht vor Ort beantwortet werden konnten, werden schriftlich bearbeitet. Die nächste Sprechstunde sei voraussichtlich für Ende Juni in Wieck vorgesehen.
- Am vergangenen Freitag seien die Auszeichnungen für den Greifswalder Stadtempfang am 14.05.2025 festgelegt worden. Der Stadtempfang werde in diesem Jahr in die Festwoche zum 775-jährigen Stadtjubiläum eingebettet. Die Mitglieder der Bürgerschaft seien zu beiden Festivitäten herzlich eingeladen.
- . verabschiedet die Abteilungsleitung, Frau Gabriele Sonntag, gibt einen Rückblick in herausragende Tätigkeiten während ihrer Beschäftigungsdauer, dankt ihr für ihren Sachverstand und ihre präzise Arbeit und wünscht ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.
 - . begrüßt Frau Carolin Herlemann als Nachfolgerin von Frau Sonntag und freut sich auf die Zusammenarbeit.
 - . teilt folgende Termine mit:
 - 04.04.2025 – Lange Nacht der Bibliotheken
 - 26.04.2025 – Maritimer Saisonauftakt
 - 01.05.2025 – Beginn des alljährlichen Stadtradelns
 - 10.05.2025 – Citylauf
 - . greift die Anfrage von Herrn Kramer hinsichtlich einer Änderung der Geschäftsordnung aus der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 24.02.2025 auf. Dieses Anliegen sei an das Rechtsamt mit der Bitte um Prüfung übergeben worden. Herr Schreiber habe ein ausführliches Gutachten verfasst. Am Freitag habe sich das Präsidium darauf verständigt, dass hieraus zunächst kein Änderungsbedarf für die Geschäftsordnung entstehe. Vielmehr werde das Präsidium ein besonderes Augenmerk darauflegen, dass ein Geschäftsordnungsantrag auf „Schluss der Aussprache“ keine Fraktion daran hindere, sich zu äußern. Sollte eine Fraktion noch keine Möglichkeit gehabt haben, einen Redebeitrag zu leisten, werde die antragstellende Person darauf hingewiesen.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Beschlüsse der Bürgerschaft vom 24.02.2025 öffentlich

7 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

7.1 Kein Gendern in der Außendarstellung

BV-P-ö/08/0129

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Wuschek

- . kritisiert die lange Umsetzungszeit des Beschlusses und gibt einen Rückblick auf die Entstehung dessen.
- . bemängelt die in der Richtlinie des Oberbürgermeisters festgelegte Regelung, dass Dokumente – u. a. Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen, Satzungen und Richtlinien – erst angepasst werden, wenn ohnehin inhaltliche Änderungen erfolgen oder eine Neuauflage erscheine.
- . erwartet eine unverzügliche Umsetzung in jeglicher Hinsicht.

Der Oberbürgermeister

- . macht deutlich, dass vor Beschlussfassung eine Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern eingeholt worden sei. Das Ministerium habe die Zulässigkeit geprüft und das Ergebnis sei den Mitgliedern der Bürgerschaft mitgeteilt worden. Gleichzeitig sei aufgezeigt worden, wie ein rechtsgültiger Beschluss herbeigeführt werden könne.
- Neben der Umsetzung der Beschlüsse sei es ebenso seine Aufgabe, rechtswidrigen Beschlüssen zu widersprechen und dies sei hier erfolgt.
- Die verwaltungsinterne Richtlinie sei überarbeitet und am 24.03.2025 in Kraft gesetzt worden, um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten. Damit sei der Beschluss umgesetzt.
- Es sei nicht erwartbar, dass alle Druckerzeugnisse aufgrund dessen neu erstellt werden.
- Zudem sei es bei Satzungen erforderlich, dass die Bürgerschaft die Änderungen beschließe.
- Neue Satzungen und Druckerzeugnisse werden selbstverständlich in der neu geregelten Schreibweise erscheinen.

Frau Horn

- . macht darauf aufmerksam, wie viele Druckerzeugnisse der Stadtverwaltung in der Stadt existieren und wie viel Kapazitäten der Verwaltung in Anspruch genommen würden, wenn auf der Stelle alle Onlineauftritte und Dokumente angepasst werden müssten.
- . bittet um Verständnis, dass die Umstellung einige Zeit in Anspruch nehme, da dies alle Bereiche der Verwaltung betreffe und zugleich andere Aufgaben umzusetzen seien.

Herr Hochschild

- . widerspricht dem Oberbürgermeister, dass die Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern die Beschlussvorlage eindeutig als rechtswidrig ausgewiesen habe.

Herr Barsch

. moniert, dass dieses Thema erneut inhaltlich diskutiert werde und stellt klar, dass das in der Richtlinie festgelegte Vorgehen üblich sei.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister

1. im Schriftverkehr sowie in Dokumenten mit Außenwirkung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (darunter unter anderem offizielle Einladungen, Pressemeldungen, Texte auf Social Media, Antragsformulare, Stellenausschreibungen, Satzungen, Berichte, Flyer, Broschüren, Vorlagen oder andere Dokumente) durchgängig die deutsche Rechtschreibung laut Amtlichen Regelwerk, gemäß den Vorgaben des Rats für deutsche Rechtschreibung, ohne geschlechtergerechte Schreibung aller Geschlechtsidentitäten, wie beispielsweise Doppelpunkt (:), Unterstrich (Gender-Gap _), Asterisk (Genderstern *) oder anderen Sonderzeichen im Wortinnern, zu verwenden.

2. den „Leitfaden zum einheitlichen Umgang mit geschlechtergerechter Sprache“ des Oberbürgermeisters in der Fassung vom 25.10.2020 dahingehend zu überarbeiten und im Rahmen der Beschlusskontrolle in der zweiten Bürgerschaftssitzung des Kalenderjahres 2025 vorzulegen.

3. diese Regelung auch für die Eigenbetriebe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald umzusetzen. Für Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sind entsprechende Regelungen über die Gesellschafterversammlungen anzustreben.

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Besetzungen und Zuteilungen

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert gem. § 11 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über folgende Veränderungen zu den bereits mitgeteilten Besetzungen:

- Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
Benjamin Gau ersetzt Tobias Herkules.
- Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen
Tobias Herkules ersetzt Sophie Tieding.
- Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Jost Pommerenke ersetzte Roman Krenzin.

- Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung
Tobias Herkules ersetzte Shady Al-Khoury.
Im gleichen Ausschuss ersetzte auch Christoph Berner Nina Siermann.
- Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft
Sophie Tieding ersetzte Birgit Socher.
Im gleichen Ausschuss ersetzte auch Claudia Miltzow Christoph Berner.
Außerdem ersetzte hier Antonia Linea Huhn Britta Heinrich.
- Rechnungsprüfungsausschuss
Carola Rex ersetzte Ingo Ziola.
Im gleichen Ausschuss ersetzte ebenfalls Alexander Krüger Dr. Anke Hahnenkamp.
- Betriebsausschuss „Hanse-Kinder“
Tobias Herkules ersetzte Gerd-Martin Rappen.
- Ortsteilvertretung Eldena
Sandra Schacht ersetzte Michael Surke.
- Ortsteilvertretung Friedrichshagen
Ralf Neumann ersetzte Christoph Guse.
- Ortsteilvertretung Schönwalde II und Groß Schönwalde
Hans-Jürgen Dominik ersetzte Christian Ewert.
- Ortsteilvertretung Innenstadt
Felix Beer ersetzte Philipp Hammermeister.
- Beirat der ABS - Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH
Ivo Sieder ersetzte Emil Frenzel.
- AG Barrierefreie Stadt
Susanne Schmidt ersetzte Thomas de Waard.
- AG Kinderfreundliches Greifswald
Tobias Gehrke wurde berufen.

Schließlich seien noch diverse Stellvertretungen umbesetzt worden.
Die genannten Veränderungen seien bereits im Informationssystem eingearbeitet und könnten dort eingesehen werden.

8.2 Prüfauftrag: Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße BV-P-ö/08/0125-02

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.2, 8.2.1 und 8.3.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage „*Prüfauftrag: Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße*“ (BV-P-ö/08/0125-02) ein.

Herr Barsch

. bringt die Beschlussvorlage „*Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt*“ (BV-P-ö/08/0143-01) für die Ortsteilvertretung Innenstadt ein.
. informiert, dass die Ortsteilvertretung Innenstadt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0143*“ (BV-P-ö/08/0143-02) von Frau Wolter, antragsberechtigt für den Fachausschuss, übernehme.

Herr König

. sagt, dass sich der Verkehr in der Friedrich-Loeffler-Straße u. a. durch den Bau des Campus verändert habe. Die Situation sei für alle Verkehrsteilnehmenden nicht immer einfach. Dies könne man als sonderbaulichen Missstand bezeichnen und müsse behoben werden.
Aus seiner Sicht könne die komplexe Angelegenheit nicht mit einem Prüfauftrag zu einer Einbahnstraße geregelt werden. Die Querstraßen und deren Verkehr, der ÖPNV, alle Verkehrsteilnehmenden sowie die Meinung der Anwohnenden müssten berücksichtigt werden.
. sieht das Vorhaben der Beschlussvorlage der Ortsteilvertretung Innenstadt als den richtigen Weg an.
. widerspricht der Aussage, dass in der Vergangenheit nichts für die Parkplätze der dort wohnenden Personen getan worden sei. Beispielsweise habe die SPD-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode einen Antrag gestellt, dass jeder aufgrund von Bauarbeiten oder Umgestaltung wegfallende Parkplatz durch einen anderen zu kompensieren sei.
. weist darauf hin, dass eine verkehrliche Betrachtung der Förderung des Einzelhandels durchaus dazu führen könne, dass eine Verkehrsberuhigung notwendig werde.

Herr Reuken

. teilt mit, dass die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft die Anträge kritisch sehe. Einig sei man sich darüber, dass eine Veränderung hinsichtlich des Verkehrs in der Innenstadt erforderlich sei. Sofern die Friedrich-Loeffler-Straße zur Einbahnstraße umgewandelt werde, stehe die Frage im Raum, wohin der Verkehr umgeleitet werde. Vermutlich werde ein Großteil auf die Bahnhofstraße abgeführt, welche selbst schon sehr belastet sei.
. ist der Meinung, dass eine Einbahnstraße für die Friedrich-Loeffler-Straße der falsche Weg sei.

Herr Rappen

. macht deutlich, dass sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald gegen eine Insellösung und einen Nachteil für den ÖPNV ausspreche.
Die Fraktion folge der geänderten Beschlussvorlage „*Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt*“ (BV-P-ö/08/0143-01) von Herrn Barsch für die Ortsteilvertretung.

Herr Ziola bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0143*“ (BV-P-ö/08/0143-02) in Vertretung für Frau Wolter für den Fachausschuss ein.
. plädiert dafür, zunehmend miteinander anstatt übereinander zu sprechen.

Herr Herbst

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke die geänderte Beschlussvorlage „*Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt*“ (BV-P-ö/08/0143-01) von Herrn Barsch für die Ortsteilvertretung Innenstadt unterstütze.
. zieht den Änderungsantrag „*Änderungsantrag Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße*“

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0125“ (BV-P-ö/08/0125-03) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke zurück.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die Realisierung der Friedrich-Loeffler-Straße als Einbahnstraße kurzfristig zu prüfen und entsprechende Untersuchungen und Planungen voranzutreiben.

Neben der gleichberechtigten Umsetzung von Verbesserungen für alle Verkehrsarten, sind in geeigneten Bereichen vorrangig Anwohner- bzw. Kurzzeitparkplätze zu errichten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	28	2

8.2.1 Änderungsantrag

Friedrich-Loeffler-Straße / Einbahnstraße

BV-P-ö/08/0125-03

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0125

behandelt unter TOP 8.2

Ergebnis:

zurückgezogen

8.3 Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt

BV-P-ö/08/0143-01

behandelt unter TOP 8.2

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt mit dem Auftrag der Herstellung eines neuen verkehrspolitischen Kompromisses vorzunehmen. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Anwohnerbeteiligung
- Schaffung von mehr Anwohnerparkraum
- Verbesserung der Gehwege
- Sicherung der ÖPNV-Anbindung
- ¹Förderung des Einzelhandels

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag von Katja Wolter, antragsberechtigt für den Fachausschuss

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	7	5

8.3.1 Änderungsantrag zu: Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0143

BV-P-ö/08/0143-02

behandelt unter TOP 8.2

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt folgende Erweiterung des Beschlusstextes:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Aktualisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt mit dem Auftrag der Herstellung eines neuen verkehrspolitischen Kompromisses vorzunehmen. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Anwohnerbeteiligung
- Schaffung von mehr Anwohnerparkraum
- Verbesserung der Gehwege
- Sicherung der ÖPNV-Anbindung
- **Förderung des Einzelhandels**

Ergebnis:

Änderungsantrag vom Einbringer übernommen

8.4 Greifswald ökologisch & demokratisch: Wahlplakatreste entfernen

BV-P-ö/08/0139-02

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Gabel

. bringt die Beschlussvorlage ein.
. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags.

Es gibt eine formale Gegenrede gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	20	3

Herr König

- . stimmt der Idee der Beschlussvorlage zu, allerdings gehöre das Plakatieren zur demokratischen Willensbildung. Daher sollten keine zu starken Einschränkungen vorgenommen werden. Durch die vergangene Änderung der Satzung seien bereits Reduzierungen der Wahlwerbung geregelt worden. Jedoch stehe es der Bürgerschaft frei, weitere Nachschärfungen vorzunehmen.
- . ist der Meinung, dass die Regelungen in Punkt A) nicht haltbar seien.

Frau Wuschek

- . erinnert an die damalige Debatte zur Änderung der Satzung und macht darauf aufmerksam, dass einige Parteien die derzeitige Satzung nicht eingehalten hätten. Die Stadt habe ein Recht, Ordnungsgelder zu verhängen.
- . kritisiert, dass dies noch nicht erfolgt sei.
- . plädiert dafür, die Beschlussvorlage zurückzuziehen.

Herr Rappen

- . sagt, dass Wahlplakate zu einer lebendigen Demokratie gehören und die damalige CDU-Fraktion in der Vergangenheit gegen die Verschärfung der Satzung gewesen sei. Insbesondere für kleinere und auch neue Wahlvorschlagsträger sollte es verhältnismäßig einfach bleiben, Wahlkampf zu betreiben. Punkt B) sei demnach irreführend. Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald bestehe hier kein gravierendes Problem, weshalb die Sondernutzungssatzung geändert werden sollte.

Herr König

- . beantragt, den Punkt A) zu streichen.

Der Einbringer übernimmt diese Streichung.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Gehrke seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

A) ¹entfällt

B) folgenden Appell an alle Wahlvorschlagsträger:

"Für die Akzeptanz demokratischer Institutionen und für die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass der politische Wettbewerb um die besten Ideen gemäß ethischer und nachhaltiger Erwägungen durchgeführt wird. Wahlwerbung ist hiervon nicht ausgenommen.

Die Wahlvorschlagsträger sind daher dazu aufgerufen, die gesamte Wahlplakatierung restlos zu entfernen. Wenn erforderlich, auch bestmöglich abseits des Verkehrsraums. Ferner wird dazu aufgerufen, jeweils ökologischere Optionen der zu verwendenden Materialien, auch bezüglich Flyer und Merchandise, zu prüfen und zu verwenden."

C) Die Stadt soll weitere Maßnahmen prüfen, beispielsweise die Bekanntmachung und Einrichtung zur Meldung von nicht fristgemäß entfernten Plakaten im Portal "Klarschiff.HGW" oder die explizite Einbeziehung der Entfernung von Plakatierungsresten im Rahmen der

jährlichen Aktion "Greifswald räumt auf".

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag von Herrn König

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	21	1

8.5 Einführung eines Mietwucher-Tools

BV-P-ö/08/0141-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Herbst

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Da es sich bei Mietwucher um einen Straftatbestand handele und dieser auch so bezeichnet werde, lehne die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke den Änderungsantrag

„*Änderungsantrag zu: Einführung eines Mietwucher-Tools*

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0141-01“ (BV-P-ö/08/0141-03) der Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI ab.

Herr Gabel bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Einführung eines Mietwucher-Tools*

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0141-01“ (BV-P-ö/08/0141-03) der Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI ein.

Herr Rappen

. sagt, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald die Beschlussvorlage ablehne, da sie aus ihrer Sicht für eine Diskreditierung der vermietenden Personen Sorge. Um den angespannten Wohnungsmarkt zu verbessern, helfe keine weitere Regulierung, sondern lediglich der Bau neuer Wohnräume.

Der Beitrag der kommunalpolitisch Engagierten könne durch das willkommen heißen neuer Investoren und Investorinnen geleistet werden.

Selbstverständlich spreche sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald auch für einen angemessenen Schutz der Mietparteien aus, aber diese Beschlussvorlage gehe inhaltlich in die falsche Richtung.

Herr von Malotki

. ist der Meinung, dass es bei dem Tool darum gehe, sich an Recht und Gesetz zu halten. Demzufolge sei die Argumentation, Investierende könnten abgeschreckt werden, nicht nachvollziehbar.

Es handele sich hierbei um ein innovatives Tool der Digitalisierung, mit dem der Bevölkerung geholfen werde, den Mietspiegel umzusetzen und zu leben.

. kritisiert, dass der von der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ erarbeitete Maßnahmeplan kaum umgesetzt worden sei.

Herr König

. macht deutlich, dass sich die Bürgerschaft seit vielen Jahren um bezahlbaren Wohnraum bemühe. Das Wachsen der Stadt sei jedoch schneller als die Schaffung von Wohnraum. Der Neubau werde immer nur ein kleiner Teil des Mietspiegels sein. Damit werde das Problem der meisten Menschen nicht gelöst.

- . würde es begrüßen, wenn die Landesregierung gegen Zweckentfremdung von Wohnraum entsprechende Maßnahmen einleiten würde.
- . ist der Ansicht, dass die Umsetzung dieses Tools keinen großen Aufwand mit sich bringe.

Herr Ziola

- . weist auf die Möglichkeit hin, sich an den ortsansässigen Mieterverein zu wenden, zudem sei ein Mietspiegel beschlossen worden.
- Die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative lehne die Beschlussvorlage ab.

Herr Winter

- . ergänzt, dass die Bewertungen durch individuelle Faktoren beeinflusst werden, was zu fehlerhaften Ergebnissen führen könne. Der Wohnungsmarkt könne durch ein solches Tool verzerrt werden und auch die Gefahr des Missbrauchs steige. Weiterhin müsse man beachten, dass die öffentliche Plattform mit Mietdaten zu übermäßiger Marktregulierung führen könne, was den Wohnungsmarkt und den Wohnungsbau weiterhin ausgrenze. Die Mietpreise entstünden aufgrund von Angebot und Nachfrage. Ein starres Tool könnte diesen Mechanismus langfristig verzerren.

Herr Al-Khouri

- . sieht die Gefahr, dass sich die niedrigen Mieten durch das Tool erhöhen werden.
- . möchte wissen, wer die Daten im Tool hinterlege, pflege und auf Richtigkeit prüfe. Es könne niemand gezwungen werden, seine Daten freizugeben.
- . fragt, ob der Datenschutz hier Berücksichtigung finde.

Herr Herbst

- . findet, dass die vermietenden Personen ausreichende Sicherheiten hätten. Hierbei gehe es darum, die Mietenden zu schützen. Die Ziele zum Bauen seien in den vergangenen Jahren übererfüllt worden.
 - . geht auf den Redebeitrag von Herrn Winter ein und macht deutlich, dass bereits jetzt ein Ungleichgewicht bei den Marktteilnehmenden herrsche.
- Bei dem Tool handele es sich um eine Selbstauskunft. Für die Daten werde der Mietspiegel zugrunde gelegt.
- . macht darauf aufmerksam, dass dieses Tool in anderen Städten bereits genutzt werde.

Herr Kramer

- . stellt beispielhaft den Umgang mit Mietpreisen in Argentinien vor und sagt, dass dort jegliche Form der Regulierung abgeschafft worden sei und der Wohnungsmarkt seitdem wieder funktioniere.
- . sieht das Problem in den extrem gestiegenen Baukosten und in der Zuwanderung.

Herr Dr. Meyer

- . stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . weist auf die Festlegung im Präsidium hin, dass ein solcher Antrag nur zugelassen werde, sofern alle Fraktionen die Möglichkeit hatten, ihre Position darzulegen. Die Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI hatte lediglich zur Einbringung das Wort, sodass der Redebeitrag von Frau Huhn noch zugelassen werde.
- . fragt, ob Herr Dr. Meyer damit einverstanden sei. Dies ist der Fall.

Herr von Malottki

- . hält eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag und betont die Wichtigkeit dieser Thematik.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der

Aussprache abstimmen unter der Voraussetzung, dass Frau Huhn ihren Redebeitrag noch leisten dürfe:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	23	1

Frau Huhn

. verdeutlicht, dass es bei diesem Tool lediglich darum gehe, dass zur Miete lebende Personen bei Bedarf ihr Recht einklagen können. Jedes Mitglied, das der Beschlussvorlage heute nicht zustimme, nehme damit in Kauf, dass Menschen bewusst betrogen werden, indem sie zu hohe Mieten zahlen.

Herr von Malotki

. hebt hervor, dass dieses Thema sehr bedeutend für die Greifswalder Bevölkerung sei und sie alle vereine. Es gebe keine Lösungsvorschläge. Man müsse sich diesem Problem annehmen. Diese Beschlussvorlage sei ein Teil der Lösung.

. plädiert dafür, sich diese Wahlperiode intensiv um eine Lösung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu bemühen.

Herr Liedtke

. teilt mit, dass seit vielen Jahren zu wenig Flächen zur Verfügung ständen, um das Vorhaben „Bauen“ weiter voranzutreiben.

Zudem müssten die Standards für Bauprojekte gesenkt werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

. den *Änderungsantrag zu: Einführung eines Mietwucher-Tools*

*Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0141-01“ (BV-P-ö/08/0141-03) der Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI abstimmen.*

. lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung soll im Zuge der Einführung des qualifizierten Mietspiegels, unter Beteiligung des Mietervereins, ein Mietwucher-Tool einrichten, das unkompliziert anzeigt, ob die eigene Miete ober- oder unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Dabei soll der genaue Wohnort, die Größe der Wohnung, die netto-Kaltmiete, die Ausstattung und das Baujahr des Wohngebäudes abgefragt werden. Auf dieser Grundlage sind eine Berechnung und eine Bewertung durchzuführen, die anzeigt, ob eine Wuchermiete gezahlt wird. Das Tool soll unmittelbar in den Webauftritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eingepflegt werden.

Zusätzlich ist zu prüfen, ob eine Beratungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein eingerichtet werden kann, die bei Wuchermieten oder anderen Beratungsbedarf im Bereich Wohnen berät.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	20	1

8.5.1 Änderungsantrag zu: Einführung eines Mietwucher-Tools **BV-P-ö/08/0141-03**
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0141-01

behandelt unter TOP 8.5

Beschluss:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Änderung an der Beschlussvorlage BV-P-ö/08/0141-01:

Der Titel der Beschlussvorlage BV-P-ö/08/0141-01 wird folgendermaßen geändert:
"Einführung eines **Miettransparenz-Tools**".

Die Stadtverwaltung soll unter Beteiligung des Mietervereins Vorpommern-Greifswald im Zuge der Einführung des qualifizierten Mietspiegels ein **Miettransparenz-Tool** einrichten, das unkompliziert anzeigt, ob die eigene Miete ober- oder unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Dabei soll die Lage, die Größe der Wohnung, die Nettokaltmiete, die Ausstattung und das Baujahr des Wohngebäudes abgefragt werden. Auf dieser Grundlage sind eine Berechnung und eine Bewertung durchzuführen, die zudem anzeigt, ob ggf. eine Miete **über 50 % der ortsüblichen Vergleichsmiete** gezahlt wird. Das Tool soll unmittelbar in den Webauftritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eingepflegt werden. Zusätzlich ist zu prüfen, ob eine Beratungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein eingerichtet werden kann, die **im Zusammenhang mit dem Miettransparenz-Tool** oder bei weiterem Beratungsbedarf im Bereich Wohnen berät.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	26	5

8.6 Korrektur zum Doppelhaushalt 2025/2026: **BV-P-ö/08/0146-01**
Projekt „Welcome Center“ der ABS Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH (ABS gGmbH)

Ergebnis:

zurückgezogen

8.7 Chancen des Sondervermögens Infrastruktur nutzen **BV-P-ö/08/0147**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass sich die Stadtverwaltung über neue Finanzierungsströme freuen würde. Allerdings sei noch nicht sicher, ob und wenn ja, in welcher Höhe finanzielle Mittel an die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ausgezahlt werden. Zunächst müsse eine Regierung gebildet, anschließend ein Haushalt aufgestellt und danach Förderrichtlinien und Ähnliches erlassen werden. Erfahrungsgemäß nehme dies viel Zeit in Anspruch.

. bittet alle, die selbst Verantwortung tragen oder Kontakt zu regierungstragenden Parteien innehaben, dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele finanzielle Mittel bei den Kommunen ankommen, da die Gelder über die Bundesländer ausgezahlt werden. Der Städtetag habe die Forderung aufgemacht, dass mindestens 50 Prozent die Kommunen erreichen sollen. Das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium sei die große Aufgabe, die für die Stadt nach den bereits begonnenen Aufgaben Theatersanierung und dem Schulzentrum anstehe. Für den Haushalt 2026 seien bereits finanzielle Mittel für diese Planungen eingestellt, sofern das Land den Haushalt genehmige.

Herr von Malotki

. bedankt sich für diese Beschlussvorlage und sieht hier dringenden Handlungsbedarf.

. bringt folgenden Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ein:

Einfügung eines neuen Punkt 2:

2. „Die Bürgerschaft fordert den Landkreis Vorpommern-Greifswald auf, den Prozess zu unterstützen, eine Refinanzierung der Planungsleistungen zuzusagen und gegenüber Land und Bund prioritär für die Fördermittel für Ersatzneubau zu werben.“

Punkt 2 des vorliegenden Antrags wird zu Punkt 3:

3. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister bis zur Bürgerschaftssitzung am 19.05.2025 eine Liste von weiteren Investitionsvorhaben vorzulegen, welche grundsätzlich für die Beantragung von Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur geeignet sein könnten. Hierbei sind die erforderlichen Schritte zu benennen, um diese Vorhaben antragsreif zu machen.

Herr Heil

. teilt mit, dass der Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke unter der Bedingung übernommen werde, dass unter Punkt 2 die Aufforderung an den Landkreis in eine Bitte umgewandelt werde.

Die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ist damit einverstanden.

Herr König

. bittet die Verwaltung, den aktuellen Stand der Planungen sowie der Varianten und Alternativen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit vorzustellen.

Herr Kramer

. stellt klar, dass sich die AfD-Fraktion im Bundestag gegen diese Beschlussvorlage ausgesprochen habe. Da die Gelder jedoch nun zur Verfügung gestellt werden sollen, spreche sich die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft für diese Beschlussvorlage aus.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Gehrke seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister angesichts des geplanten Sondervermögens Infrastruktur gemäß Artikel 143h GG schnellstmöglich entsprechende Schritte einzuleiten, um die notwendige Planungsreife für einen Ersatzneubau des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums zu erreichen, um Anträge auf Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur stellen zu können.

¹2. Die Bürgerschaft bittet den Landkreis Vorpommern-Greifswald, den Prozess zu unterstützen, eine Refinanzierung der Planungsleistungen zuzusagen und gegenüber Land und Bund prioritär für die Fördermittel für Ersatzneubau zu werben.

3. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister bis zur Bürgerschaftssitzung am 19.05.2025 eine Liste von weiteren Investitionsvorhaben vorzulegen, welche grundsätzlich für die Beantragung von Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur geeignet sein könnten. Hierbei sind die erforderlichen Schritte zu benennen, um diese Vorhaben antragsreif zu machen.

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	3

8.8 Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF

BV-V/08/0111

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Allerdings sei die Beschlussvorlage der Bürgerschaft viel zu spät vorgelegt worden. Für das Jahr 2028 sei ein höherer Planansatz aufgeführt als im städtischen Haushalt berücksichtigt. Dies sei nicht möglich. Die geplanten Zahlen für 2026 und 2027 seien auf der Grundlage der Zahlen von 2020 angegeben worden, da das Schiff in den vergangenen sechs Jahren nicht gesegelt sei.

. macht darauf aufmerksam, dass weder ein Kapitän oder eine Kapitänin noch ein Koch oder eine Köchin angestellt seien.

Es müssten grundlegende Fragen geklärt werden, was passiere, wenn die Stelle des Kapitäns bzw. der Kapitänin nicht besetzt werde.

Herr Weber nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Frau Horn

. bittet um Zustimmung zu der Beschlussvorlage, da der Erhalt des Schiffbaus und des traditionellen Seesports in Greifswald sehr wichtig sei.

Frau Wuschek

- . stimmt Herrn Dr. Kerath in vielen Punkten zu und stellt die Frage, welche Aufgaben die derzeitigen Angestellten während der Sanierung des Schiffs wahrnehmen.
- . macht darauf aufmerksam, dass bei den Personalkosten für 2025 378.000 EUR eingeplant seien. Diese setzen sich aus Löhnen und Gehältern in Höhe von 292.000 EUR sowie sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von 73.000 EUR zusammen. Dies ergebe in Summe 365.000 EUR.
- . fragt nach den fehlenden 13.000 EUR.

Herr Fichte

- . antwortet, dass mit dem technischen Inspektor und dem 1. nautischen Offizier jemand vorhanden sei, der ein Kapitänspatent innehat. Dieser sei in Vertretung auch bereits gefahren. Das Personal begleite aktiv die Sanierung des Schiffes sowohl planerisch als auch in der Bauaufsicht, wodurch eine externe Beauftragung und damit auch Kosten eingespart werden.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2025 des Eigenbetriebes Seesportzentrum GREIF (SZG), bestehend aus Vorbericht, Zusammenstellung, Erfolgsplan, Finanzplan, Investitionsübersicht, Verpflichtungsermächtigung und Stellenübersicht.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	8	5

Anlage 1 Wirtschaftsplan 2025 SZG öffentlich

8.9 Grundsatzbeschluss: Mein Greifswald 2030, was bewegt mich? - Ein Zukunftsrat für Greifswald BV-V/08/0089-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Dr. Kerath, da sie zusammen mit dem Oberbürgermeister die Beschlussvorlage einbringt.

Der Oberbürgermeister und **die Präsidentin der Bürgerschaft** nehmen die Einbringung der Beschlussvorlage vor.

Frau Horn

- . bedankt sich für die gute und umfangreiche Einbringung der Beschlussvorlage in den Fachausschüssen.
- Der Zukunftsrat sei insofern visionär, als dass er nicht, wie andere, auf ein bestimmtes Thema beschränkt sei. Das Losverfahren ermögliche eine echte Repräsentation der Bevölkerung. Die Entscheidungskompetenz bleibe dennoch weiterhin bei der gewählten Bürgerschaft. Durch den Zukunftsrat werden lediglich thematische Anstöße an die Bürgerschaft weitergegeben. Aufgrund der wissenschaftlichen Begleitung sei es zudem

möglich, Resultate zu ziehen. Möglicherweise bringe der Zukunftsrat die in manchen Themen gespaltene Bevölkerung wieder zusammen.

Frau Dr. Schwenke

. ist ebenfalls der Meinung, dass es sich hierbei um einen sehr guten Vorschlag handele. Dadurch entstehe eine weitere Möglichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger direkt einbezogen werden können.

. sieht das Losverfahren als eine gute Variante an.

. entgegnet einem Argument aus dem Fachausschuss, dass es sich hierbei um Geldverschwendung handele, indem sie auf die signalisierte, finanzielle Unterstützung verschiedener Quellen hinweist.

Herr Liedtke

. sagt, dass seiner Meinung nach kein Zukunftsrat, sondern ein Friedensrat benötigt werde. Beim Losverfahren müsse man davon ausgehen, dass es zu einer Zusammensetzung von Personen aller politischen Ausrichtungen kommen könne. Es müsse eine vernünftige Zusammenarbeit mit allen Beteiligten geben.

Herr Krüger

. stellt die Frage in den Raum, ob ein Zukunftsrat tatsächlich benötigt werde. Es gebe eine kompetente Stadtverwaltung, die von sich aus Ideen einbringe. Weiterhin gebe es eine Bürgerschaft und deren Gremien, in denen sich Interessierte äußern und einbringen können. Auch externe Unternehmen unterstützen beratend und erstellen Konzepte.

. ist skeptisch, ob ein weiteres Gremium erforderlich sei.

. kritisiert die Wahl des Wortes „Rat“ und hat Sorge, dass das Gremium Forderungen aufmache und sich mit einer beratenden Funktion nicht zufriedengebe.

Herr von Malotki

. äußert seine Begeisterung zu dieser Beschlussvorlage. Selbstverständlich werde eine breite Masse in diesem Gremium vertreten sein.

. ist sich sicher, dass es gute Vorschläge zu einer Vielzahl an Themen geben werde.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass beim Losverfahren selbstverständlich nicht ersichtlich sei, welche politische Einstellung jede einzelne Person habe. Darum gehe es jedoch auch nicht. Der Zukunftsrat sei ein Querschnitt der Bevölkerung, bei dem sicherlich kontroverse Meinungen aufeinanderprallen werden. Diese können jedoch durch eine fachliche Begleitung ausdiskutiert werden. Es sollen Themen entwickelt und priorisiert sowie Vorschläge unterbreitet werden. Dieses Gremium könne keine Beschlüsse fassen, sondern werde der Bürgerschaft einen Abschlussbericht mit Empfehlungen vorlegen. Den Mitgliedern der Bürgerschaft sei es dann überlassen, damit umzugehen. Eine Verpflichtung erwachse daraus nicht. Die Verantwortung verbleibe am Ende bei der Bürgerschaft.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befürwortet die Einrichtung eines zeitlich befristeten Zukunftsrates zur Thematik „Mein Greifswald 2030, was bewegt mich?“.

Dazu beschließt die Bürgerschaft,

1. beiliegende Konzeption der Einrichtung eines zeitlich befristeten Zukunftsrates.
2. die Jahresberichte werden im Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen und im Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft vorgestellt.
3. die Bürgerschaft wird sich mit dem Abschlussbericht befassen.

Der Oberbürgermeister

- . stellt klar, dass die Stadtverwaltung nie vorgeschlagen habe, die Garagenkomplexe in der Liese-Meitner-Straße abzureißen. Die damalige Beschlussvorlage habe vorgesehen, alle Garagenkomplexe in der gesamten Stadt zu betrachten. Dazu seien unterschiedliche Vorschläge unterbreitet worden. Auch im jetzigen Konzept sei nicht vorgesehen, die Garagen abzureißen. Es gehe hierbei um eine große Fläche, die u. a. eine leerstehende Kindertagesstätte sowie das Gebiet des Bauhofes beinhalte, welcher bald umziehe. Demnach müsse das gesamte Gebiet betrachtet werden.
- . könne sich sehr gut vorstellen, dass in diesem Bereich Garagen eine herausragende Rolle spielen.

Frau Wuschek

- . sensibilisiert für Garagenkomplexe und weist in diesem Zusammenhang auf ihre Entstehungsweise und die damaligen Gründe hin. Sie fördern den menschlichen Zusammenhalt und seien soziale Treffpunkte.
- . hebt die Wichtigkeit dieser Orte für die Menschen hervor.
- . fordert dazu auf, die sozialen Treffpunkte nicht unterschiedlich zu behandeln.

Frau Socher

- . ist der Meinung, dass keiner bevorteilt werden solle. Das Moratorium sei bis 2030 für alle Garagen festgelegt worden und in dem Zeitraum werde über das weitere Vorgehen nachgedacht. Mit diesem Antrag, werde eine Gruppe der Garagen herausgelöst und bevorteilt.

Herr Al-Khoury

- . sagt, dass dem Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative zugestimmt werden könne, wenn die Garagen nicht überplant werden sollen.

Herr Krüger

- . hält Gespräche mit den Garagenbesitzern und -besitzerinnen nicht für zielführend.

Herr Winter

- . stellt klar, dass die Betroffenen Sicherheit wollen. Es gebe genügend andere Wohnraummöglichkeiten.

Herr Lerm

- . macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung das Konzept zusammen mit den Einwohnern und Einwohnerinnen der Stadtteile erstellt habe. Die Hofhäuser seien auf den Flächen neben den Garagen konzipiert. Es sei nirgends erwähnt, dass die Garagen abgerissen werden sollen.
- . bittet in Hinblick auf das Handlungskonzept um einen Konsens.

Frau Dr. Wölk

- . plädiert dafür, die Zukunft der Garagen bis 2030 gezielt anzugehen.

Herr König

- . fasst zusammen, dass es in diesem Gebiet unterschiedliche Interesse gebe. Möglicherweise seien die Personen, die eine Garage besitzen, auch von anderen Interessen betroffen, z. B. Wohnraum. Daher sei durchaus zu diskutieren, welches Interesse die Menschen vor Ort im Rahmen einer Bürgerbeteiligung höher gewichten und welche Ausgleichs geschaffen werden könnten.

Frau Wuschek

- . ist der Meinung, dass sich alle einig seien, dass an den Garagenkomplexen nichts verändert werden solle, sodass beiden Anträgen zugestimmt werden könne.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

. den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseeviertel Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051“* (BV-V/08/0051-02) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Moscinski seine Stimme nicht abgegeben.

. die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt das Integrierte Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseeviertel gemäß Anlage 1. Das Integrierte Handlungskonzept (IHK) „Mein Schönviertel“ dient als strategische Grundlage für die weitere Stadtteilentwicklung und gilt als roter Faden für die Arbeit der Quartierskoordination in Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und dem Ostseeviertel. Ebenso bildet das Konzept die formale und inhaltliche Grundlage, um zur Realisierung einzelner Maßnahmen gezielt Fördermittel (z.B. für soziale Zwecke, für städtebauliche Maßnahmen etc.) zu beantragen.

¹ *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt:*

Hinsichtlich des im Integrierten Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ ausgewiesenen Modellprojektes „Zukunft des Wohnens“ in der Lise-Meitner-Straße wird Bestandsschutz für die angrenzenden Garagenkomplexe in der Lise-Meitner-Straße und der Schönwalder Landstraße gesichert.

¹ *Änderungsantrag der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratische Konservative-IBG-AdbM*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	12	3

Anlage 1 2024-12-13-IHK-Mein-Schoenviertel öffentlich

8.10.1 Änderungsantrag zu: Integriertes Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ für die Stadtteile Schönwalde I/Südstadt, Schönwalde II und das Ostseeviertel

BV-V/08/0051-02

Antrag zur Vorlage BV-V/08/0051

behandelt unter TOP 8.10

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt:

Hinsichtlich des im Integrierten Handlungskonzept „Mein Schönviertel“ ausgewiesenen Modellprojektes „Zukunft des Wohnens“ in der Lise-Meitner-Straße wird Bestandsschutz für die angrenzenden Garagenkomplexe in der Lise-Meitner-Straße und der Schönwalder

Landstraße gesichert.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	17	0

8.11 Schulrechtliche Errichtung des "Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich" am Interimsstandort „Sporthalle Feldstraße“ zum Schuljahr 2026/2027

BV-V/08/0129

Anmerkung der Protokollantin:

Auf Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald vom 08.04.2025 und in Absprache mit der Präsidentin der Bürgerschaft werden die Redebeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt wortwörtlich erfasst.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Wir gelangen jetzt zum Tagesordnungspunkt 8.11. Wir können auch unterbrechen, falls Bedarf noch für Zwiegespräche besteht. So, wir setzen fort 8.11 „Schulrechtliche Errichtung des ‚Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich‘“. Die Vorlage liegt Ihnen vor. Einbringer: Amt für Bildung, Kultur und Sport/Schulverwaltung/Sportentwicklung/Jugend. Gibt es hier Bedarf an Einbringung? Herr Dr. Kerath hat sich angemeldet. Sie haben das Wort.“

Herr Dr. Kerath

„Frau Präsidentin, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst müssten wir nun mal klären – Herr Oberbürgermeister, vielleicht können Sie hinterher nochmal ans Pult treten – worüber wir denn nun abstimmen sollen. Es war ja vorhin bei der Aufstellung der Tagesordnung nachher nicht ganz so klar, ob wir nun auch noch über Ziffer 1, oder vielleicht doch nicht, oder nur über Ziffer 2 abstimmen sollen. Das vorweg; das Erste vorweg. Das Zweite vorweg: Wir werden der Vorlage natürlich selbstverständlich zustimmen. Der eigentliche Skandal ist ja, dass es diese Vorlage überhaupt geben muss. Seit über elf Jahren diskutieren wir über dieses Schulzentrum. Und nein, wir wollen nicht zum Mars fliegen. Und nein, wir wollen nicht zum Mittelpunkt der Erde. Wir wollen nur ein Schulzentrum bauen. Und was stellen wir fest? Es ist nichts passiert. Noch heute steht dort ein Stein auf dem anderen. Jahrelang haben wir das dann dadurch versucht, zu kaschieren, dass wir die Kinder, die ja da sind, dann in Grundschulen untergebracht haben, die dann bis zur Oberkante voll waren. Und als es dann nun gar nicht mehr geht, kommt dann dieser Offenbarungseid: ein Containerdorf. Ich war ja froh, dass wir nicht wieder einen Bürgerentscheid gekriegt haben. Und wir haben als Konsequenz einen Standort, der denkbar Ungeeignetste ist, weil unmittelbar neben diesem Areal demnächst der Landkreis anfangen wird, sein Rettungszentrum zu bauen, was er ja vorhat; die Rettungsleitstelle oder Rettungszentrum oder wie auch immer das heißt. Wo dann ein erheblicher Betrieb sein wird. Daneben stellen wir also demnächst Schulcontainer. Es ist einfach erbärmlich. Und warum tun wir das? Warum sind wir immer noch nicht weiter? Weil es hieß: Fördermittel. Ja, wir brauchen ja Fördermittel, um die Schule zu bauen. Der Vor-Vor-Vor-Vorgänger von Frau Stawinski hat damals zu uns gesagt, hier an dieser Stelle: ‚Meine Damen und Herren, lassen Sie das mit den Fördermitteln. Bauen Sie die Schule so‘. Nein, es war ja kein Weg rein bei der Verwaltung. Das Ende vom Lied ist jetzt – wir mussten dann erst noch das Fördergebiet erweitern, weil das Grundstück, was wir uns ausgesucht haben, war ja gar nicht im Fördergebiet. Da mussten wir ... wir diskutieren heute noch dadrum. Und wirtschaftlich gesehen – nicht nur, dass die Kinder jetzt in Containern untergebracht werden –

wirtschaftlich gesehen, führt das jetzt dazu, dass der Eigenanteil, den wir bei EFRE aufwenden müssen, höher sein wird, als das, was wir damals ausgegeben hätten, wenn wir gleich gebaut hätten. Das zum Thema Fördermittel. Also, das ist ein Zeug, was wir vielleicht wirklich nicht gebrauchen können. Es ist wirklich eine Maßnahme, die uns derart blockiert. Dieser Weg hat uns derart blockiert, dass wir jetzt die Kinder in diesen Containern unterbringen müssen und wir wissen noch nicht, wie es weitergeht. Denn das Regionalschulzentrum, der eigentliche Teil, um den es dann auch noch irgendwann gehen soll, ich weiß nicht... Ich hatte ja immer gehofft, Herr Oberbürgermeister, Sie würden den noch einweihen bis zur nächsten Wahl. Ich sehe da schwarz. Ich sehe das wirklich nicht. Es wird knapp mit dem Grundschulzentrum. Es wird nicht... das Regionalschulzentrum wird nicht sein, wenn wir in dem Tempo weitermachen. Wir müssen viel, viel schneller werden. Wir müssen in den Planungen viel schneller werden. Wir müssen Entscheidungen treffen. Wir müssen vorankommen. Wir können doch nicht ernsthaft nach elf Jahren immer noch nicht weiter sein. Oder wie lange diskutieren wir schon über das Humboldt-Gymnasium, das heute auch schon Thema war? Seit 2011 als der Vertrag geschlossen wurde bei der Kreisgebietsreform im Jahre 14. Und was haben wir bis da erreicht? Auch nichts; quasi nichts. Wir müssen wesentlich schneller werden. Wir müssen uns von den Fördermitteln deutlich verabschieden. Weil wir kommen... das ist nur eine Bremse. Das ist unendlich aufwendig, das umzusetzen, zu planen, zu diskutieren. Und wenn man denn irgendwann soweit ist, dann ist es alles viel, viel teurer geworden und hilft am Ende wirtschaftlich niemandem. Vielen Dank.“

Herr Kramer verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank, Herr Dr. Kerath. Herr Oberbürgermeister, Sie wurden angesprochen. Sie haben das Wort.“

Der Oberbürgermeister

„Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Bürgerschaft, sehr geehrte Gäste, Herr Kerath, ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass der Prozess, so wie er abgelaufen ist, nicht gut abgelaufen ist. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Schule hätte vor drei/vier Jahren fertig sein müssen. Auch darin sind wir uns einig. Wir sind uns einig, dass wir die Schule dringend benötigen. Die Schulleitungen können davon ein Lied singen, die schon seit Jahren davon leiden unter Überbelastung. Ich muss ein bisschen widersprechen, dass nichts passiert ist. Also die ganzen Straßenbaumaßnahmen sind dort passiert, der Parkplatz ist gebaut worden, die Durchlässe sind gebaut worden, die Abwasserentsorgung ist gebaut worden. Also einiges ist passiert, aber ich stimme Ihnen da zu, es hätte deutlich mehr passiert sein sollen. Das Thema Fördermittel, da haben Sie vollkommen recht, das habe ich auch immer wieder hier angesprochen, dass Fördermittelunwesen ist ein Unwesen. Das ist ein Unwesen, was uns Land und Bund quasi aufdrücken als Kommune, weil sie über Fördermittel regieren wollen und nicht den Kommunen ausreichende finanzielle Ausstattung geben. Der eigentliche Skandal liegt darin, dass wir als Kommune nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln so eine Schule zu finanzieren, sondern, dass wir darauf angewiesen sind, auf Fördermittel. Das ist der politische Skandal, der aber kein Greifswalder Skandal ist, sondern der in ganz Deutschland ein Skandal ist. Das sprechen wir beim Städte- und Gemeindetag regelmäßig an, bei allen Runden sagen wir: ‚Befreit uns von diesen Fördermittelunwesen.‘. Der nämlich genau das zur Folge hat, was Sie angesprochen haben, Herr Dr. Kerath, langwierige Verfahren, aufwendige Verfahren, Fördermittel, die sich widersprechen, Fristen, die sich beißen, Regularien, die sich widersprechen. Das ist ein Kreuz, das Ganze. Und das macht weder Freude, es macht teurer, es beschäftigt unendlich viele Leute bei uns, beim Land, beim Bund und sonst noch irgendwo. Deswegen. Aber wir hätten ohne diese Fördermittel – wir reden da über eine zweistellige Millionensumme – die hätten wir nicht einfach aus dem Haushalt stemmen können. Hätten aber Land und Bund uns diese Mittel als Kommune einfach gegeben über Zuweisungen, wie allen anderen Kommunen auch, dann wären wir schon deutlich weiter. Ich will auch nicht behaupten, um

ehrlich zu sein, dass auch bei uns alles super gelaufen ist. Auch da gab es Themen, die hätten anders laufen können. Das ist keine Frage. Ich bin froh, dass jetzt einiges schneller läuft. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir noch vor dem Sommer, den Spatenstich machen werden. Also, es wird passieren. Das ist eine erfreuliche Perspektive und wir werden auch versuchen, die Schule in einem Gebäude zu bauen. Das heißt also, auch der Regionalschulenteil wird dann fertig sein.

Zu Ihrer Eingangsfrage, was wir hier beschließen: Also wir beschließen – nicht wir – Sie beschließen, darum bitte ich, zwei Sachen. Das eine ist der Beschluss, dass wir – der formale, juristische Beschluss – dass wir die Errichtung der Schule mit einem konkreten Zeitraum beantragen. Das ist ein Beschluss, den die Landesregierung braucht, damit sie ihre Personalplanung – weil schließlich brauchen wir ja auch Lehrerinnen und Lehrer für diese Schule und eine Schulleitung – abstimmen kann. Und dazu bedarf es eines Bürgerschaftsbeschlusses, dass die Schule zu dem bestimmten Zeitpunkt an dem bestimmten Ort gegründet wird, als eigenständige neue Schule. Weil wir sprechen hier ja von einer neuen weiteren Einrichtung. Und der zweite Beschluss ist eben das, um die Zeit zu überbrücken bis das neue Schulzentrum fertig ist, eben eine Ausweidlösung brauchen für zwei und dann nachher vier Klassen. Also eine relativ kleine Ausweidlösung, die wir an der Feldstraße errichten wollen. Das ist ein geeigneter Standort. Es ist sicher nicht der ideale Standort für eine Schule. Das ist überhaupt keine Frage. Er hat aber gewisse Vorteile. Sporthalle ist zum Beispiel da. Er liegt auch in dem Gebiet, aus dem die Schülerinnen und Schüler kommen. Die kommen nämlich aus der Stadtrandsiedlung und der Innenstadt und der Fleischervorstadt im Moment. Deswegen bitten wir auch um Zustimmung, dass wir diese Interimslösung, die ja – da hat Herr Hochschild recht – im Haushalt schon beschlossen worden ist, auch nochmal hier von Ihnen freigegeben wird. Das sind die beiden Beschlüsse und wir bitten Sie um beide. Dankeschön.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank für die Erläuterung, Herr Oberbürgermeister. Herr Prof. Münzenberg, bitte.“

Herr Prof. Dr. Münzenberg

„Sehr geehrtes Präsidium, ich möchte mich auch nochmal für unsere Fraktion für diese Interimslösung stark machen. Wir wissen aus den verschiedenen Sitzungen, dass es brennt. Das wir das brauchen. Wir hatten eben das Humboldt-Gymnasium diskutiert, wo die nächsten Investitionslücken sind. Wir haben andere Schulen, wie die Krull-Schule, wo wir auch Sachen modernisieren müssen und das ist jetzt das Einzige, das Erste, was wir jetzt brauchen, damit die Schule auch schnell startet, dass wir die personelle Lösung vorbereiten, um das Schulzentrum dann an den Start zu kriegen. Auch mit der Aussicht, dass das eben durch die Nähe der Krull-Schule sich gegenseitig befruchtet und dann auch längerfristig vielleicht auch in diesem Sinne genutzt werden kann. Insofern ist der Standort nicht so schlecht, wollte ich nochmal zu den Vorrednern sagen. Vielen Dank.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank. Herr von Malottki, bitte.“

Herr von Malottki

„Herr Kerath hat ja schon einiges dazu gesagt. Aus meiner Sicht ist die Entwicklung mit dem Schulzentrum wirklich eine Sache, die uns nicht gut gelungen ist. Die, die damals dabei waren, werden sich erinnern, dass wir eigentlich die Schule 2023 eröffnen wollten. Ich war Bildungsausschussvorsitzender und ich habe das Thema immer wieder auf die Tagesordnung genommen. Immer wieder. Und das Interessante war, dass die Bausenatorin damals immer wieder Informationen dazu verweigert hat. Und irgendwann, als es mir wirklich bis hier stand, habe ich Akteneinsicht genommen. Ich weiß nicht, ob das schon jemand von Ihnen gemacht hat, aber ich habe wirklich viele Akten zu dem Thema gewälzt. Und es wären damals andere Wege möglich gewesen und sie hätten der Bürgerschaft vorgelegt werden müssen. Und der Oberbürgermeister kann dazu nichts sagen, aber ich möchte ihn an der Stelle ein bisschen in Schutz nehmen, weil eine Verwaltung handelt ja immer einheitlich.“

Aber in den Akten konnte man sehen, dass das Thema unterschiedlich diskutiert worden ist. Und da muss ich mich immer dran erinnern. Herr Liedtke wird sich erinnern, weil wir hatten damals große Auseinandersetzungen. Herr Liedtke hat damals gesagt, u. a. ‚Wir brauchen diese Schule nicht.‘. ‚Wir brauchen diese Schule nicht.‘ Nein, nein, nein, Sie haben von Anfang an auf Container gesetzt. Erinnern Sie sich. Können Sie in der OZ nachlesen und in den Protokollen. Und ich sage, es wäre anders möglich gewesen, hätte die Bürgerschaft entscheiden dürfen. Und aus meiner Sicht, das sag ich jetzt hier so ganz klar, hat Frau von Busse das Thema verschleppt. Es wäre anders möglich gewesen. Und ich muss es jetzt mal endlich aussprechen. Es brodelt schon sehr lange in mir zu dem Thema. Und gucken Sie sich mal die Akten an, gucken Sie sich die Protokolle an. Sie werden sehen sozusagen, was dort alles gemacht worden ist und wie auch innerhalb der Verwaltung diskutiert worden ist. Danke.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Ich sehe nochmal Herrn Dr. Kerath hier auf der... Herr Hochschild hat das Wort.“

Herr Hochschild

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, also nachdem was ich hier heute so alles gehört habe, muss ich doch nochmal etwas erzählen. Also Sie bauen doch hier einen Popanz und ein Märchen auf. Warum sind wir nicht vorwärtsgekommen, warum sind wir nicht weitergekommen? Weil Sie hier alle immer noch eins draufgesattelt haben und noch eins draufgesattelt haben und noch eins draufgesattelt haben. Das Bauvorhaben wurde ja von so, so riesengroß. Und das haben Sie zu verantworten und damit auch die Verzögerung. Und Herr von Malottki, es ist ein ganz, ganz schlechter Stil und das sage ich Ihnen jetzt auch mal ganz deutlich, immer auf diejenigen mit dem Finger zu zeigen, die nicht mehr da sind und sich nicht mehr verteidigen können. Das haben Sie vorhin bei den Wohnungen schon so gemacht. Da muss ich Sie fragen, Sie als Mitglied des Bundestages, als Freund der Bauministerin, wo sind denn Ihre 400.000 Wohnungen, die Sie versprochen haben? Sie haben nicht mal 200.000 Wohnungen geschafft. Ihr habt gar nichts geschafft und deshalb seid ihr abgewählt worden. So einfach ist die Welt und das müsst ihr endlich mal begreifen. Und hören Sie mal auf, auf Leute mit Fingern zu zeigen, die überhaupt nicht mehr da sind und sich nicht verteidigen können. Die Verzögerung bei diesem Schulzentrum haben Sie ganz allein zu verantworten. Es ist der falsche Standort. Es ist viel zu groß und es passt nicht mehr hin. Die Schülerzahlen geben das doch überhaupt nicht mehr her. Das wissen Sie doch alles ganz genau. Also hören Sie doch auf, hier so einen Popanz aufzubauen. Danke.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Herr Burmeister, bitte.“

Herr Burmeister

„Ja, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen, ich will mal nicht in die Vergangenheit gucken. Da kann man viel immer reden. Will ich nicht. Ich bin jetzt seit 25 Jahren Schulleiter. Ich finde diese Lösung aus Sicht eines Schulleiters ganz schlecht, weil, wir haben eine zweizügige Schule. Das sind drei Lehrer. Was machen wir eigentlich, wenn einer krank ist oder zwei? Jede Schule ist für seine Vertretung selbst zuständig. Ich brauche nicht bei jemand anderes anrufen, wenn bei mir ein Lehrer ausfällt. Deswegen ist das aus meiner Sicht keine gute Lösung. Ich habe im Bildungsausschuss danach gefragt und mir wurde dort gesichert, das muss so sein, damit wir zum Beispiel die Fördergelder abrufen. Das ist der einzige Grund, weshalb ich diesen Sachen so zustimmen würde mit der temporären Errichtung. Aus schulpraktischer Sicht wäre eine Nebenstelle der Krull-Schule eine viel, viel bessere Lösung. Das will ich einfach mal so sagen. Dankeschön. Und ich würde nochmal die Verwaltung bitten, zu bestätigen, dass wir... aus welchen Gründen wir diese jetzige Errichtung, die juristische Errichtung des Inklusiven Schulzentrum am Ellernholzteich brauchen. Denn das ist der einzige Grund, warum ich dieser unglücklichen Lösung zustimmen würde. Danke.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Herr Oberbürgermeister hat das Wort.“

Der Oberbürgermeister

„Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Bürgerschaft, diese Lösung ist ein Vorschlag aus dem Ministerium. Wir sind ans Ministerium gegangen vor geraumer Zeit – ans Bildungsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Da haben wir gesagt, wie gehen wir jetzt vor mit dem neuen Schulzentrum, weil es ja eine Neugründung ist und das muss mit dem Ministerium abgesprochen werden, wenn die das Personal ja stellen müssen und das Verfahren. Wir haben gemeinsam genau diese Variante so entwickelt. Das heißt, das Ministerium hat das uns empfohlen. Wir haben gesagt, wir können das so machen. Es hat durchaus Vorteile, wenn eine Schule, die ja nicht am... wir bauen ja eine relativ große Schule und da werden auch nicht von vornherein 600 Schülerinnen und Schüler da sein, sondern kleinere Gruppen. Es hat also auch sogar gewisse Vorteile, dass sie dort in der Feldstraße anfangen. Das war nicht unser Ziel, um es gleich vorweg zu sagen. Das war nicht das Ziel. Aber es hat durchaus auch Vorteile. Und es hat auch Vorteile, wenn eine Schulleitung relativ früh steht und eine Schule entwickeln kann. Also wie gesagt, wir haben diese Lösung uns nicht ausgedacht, sondern sie ist mit dem Schulministerium besprochen und abgesprochen worden und das Schulministerium hat sie uns empfohlen. Und deswegen bitten wir um Zustimmung zu dieser Lösung.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank. Herr Rappen hat sich zu Wort gemeldet.“

Herr Rappen

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Bürgerschaft, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben jetzt die Frage nach meiner Auffassung von Herrn Burmeister nicht so wirklich beantwortet, weil Sie haben nicht gesagt, was uns zwingend jetzt diesen Beschluss abnötigt. Sie haben nur gesagt, was wünschenswert wäre, was schön wäre, was besprochen ist mit dem Ministerium, aber nicht was wirklich harter Fakt ist, warum wir es machen wollen. Wir als CDU-Fraktion, ich nehme es vorweg, würden jetzt trotzdem zustimmen. Ich möchte aber noch was anderes... auf Herrn von Malotki nochmal eingehen, auch wenn Herr Hochschild das schon getan hat. Der Oberbürgermeister hat hier gesagt, dass es nicht gut gelaufen. Das hat er schon mehrfach gesagt, dass es nicht gut gelaufen ist. Und das ist ja auch so. Das wissen wir auch alle. Und trotzdem anknüpfend an Herrn Hochschild ist es wirklich nicht in Ordnung – wirklich schlechter Stil – sich gegen die Leute, die sich dann hier heute nicht mehr öffentlich äußern können. Solche Vorwürfe auf den Tisch zu bringen, das gehört sich nicht und das passt nicht hierher und das sollten wir in Zukunft dann auch lassen. Vielen Dank.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Frau Socher, bitte.“

Frau Socher

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, hier schwingt immer so ein bisschen der Gedanke mit, wir brauchen dieses Schulzentrum nicht mehr. Wir brauchen es doch, auch wenn die Schülerzahlen zurückgehen. Denn wir sollen ja auch inklusiv unterrichten. Und unsere alten Schulen, die wir haben, bieten einfach den Platz nichtmehr für dieses. Und wir haben ein Schulzentrum und wir haben sehr lange gesessen, haben überlegt, wie kann eine inklusive Schule in Zukunft aussehen und das ist ein Modellprojekt. Wir wollen ja, ich glaub bis 27 ist jetzt nochmal die Sache, dass die Pestalozzi-Schule zum Beispiel nochmal als Schulstandort erhalten bleibt. Dann müssen diese Kinder aber in den anderen Schulen aufgenommen werden und wir wissen nicht wohin. Inklusives Lernen bedeutet auch, wir brauchen zusätzliche Räumlichkeiten. Dann haben wir ein Problem. Das hat die Handelskammer ja auch schon immer angesprochen.“

Herr Hochschild, der kämpft auch dafür. Wir brauchen im Prinzip in der Berufsorientierung Möglichkeiten, die Schüler auch vor Ort nicht nur kognitiv zu unterrichten, sondern auch haptisch. Das heißt, wir haben also für die Zukunft durchaus viele Dinge, die wir umsetzen müssen und dafür brauchen wir natürlich auch dieses Schulzentrum. Denn das bringen unsere alten Schulgebäude nicht. Vielen Dank.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank. Gibt es weiteren Redebedarf? Entschuldigung. Herr Oberbürgermeister wurde ja von Herrn Rappen angesprochen. Sie haben das Wort.“

Der Oberbürgermeister

„Ich möchte zwei Punkte noch einmal ansprechen. Die Frage ist, warum – irgendetwas hat es in den Raum geworfen – Nebenstelle einer Grundschule. Natürlich haben wir dieses Thema auch diskutiert, das ist ja die Lösung, die einem zuerst einfällt. Die Grundschulen, die wir haben bzw. in der Nähe wäre ja die Grundschule als Möglichkeit oder theoretisch auch andere Schulen denkbar, sind jetzt schon alle überlastet. Nicht nur in den Räumen, sondern insgesamt auch von ihrer Struktur. Und sie haben sich wirklich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, eine Nebenstelle zu bekommen. Das ist natürlich kein letztendgültiges Argument, aber wir wollen ja auch mit unseren Schulen und Schulleitungen gut zusammenarbeiten. Also da hatten sehr, sehr Vorbehalte dagegen geherrscht, eine Nebenstelle aufzumachen. Zumal die ja für eine Schule immer eine große Belastung ist. Es ist eine räumliche Trennung, sie muss sich... die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich bewegen, Essensverpflegung usw. Es ist alles nicht so einfach. Deswegen fanden wir die Idee des Ministeriums durchaus gut, die viele Vorteile hat, jetzt schon dort, an diesem relativ kleinen Ort zu beginnen, mit der neuen Schule schulrechtlich. Es ist alles auch darauf abgestimmt. Also die Schulentwicklungsplanung, für die ja der Landkreis zuständig ist, sieht das genau vor, auch mit den Jahresscheiben, dass die Schule dann zu diesem Zeitpunkt beginnt, als Schule. Auch die Förderbescheide des Landes sind alle darauf ausgerichtet. Das hieße, würden wir das jetzt verschieben bis zur Eröffnung des neuen Schulgebäudes an der Osnabrücker Straße würden wir auch diesen ganzen Prozess wieder in Gang setzen müssen, was sehr aufwendig ist und ich glaube, auch alle Beteiligten, sowohl Landkreis wie Land, das Bildungsministerium nicht besonders glücklich stimmen würde. Es ist sicher nicht die eierlegende Wollmilchsau die Lösung, die wir dort haben. Aber ich glaube, es ist für die nächsten zwei Jahre eine vertretbare und gute Lösung. Dankeschön.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Herr König hat sich zu Wort gemeldet.“

Herr König

„Also ich will jetzt keinen Änderungsantrag stellen. Aber das, was Herr Rappen sozusagen fordert, ist ja eine legitime Forderung. Und argumentativ sind Sie ja trotzdem an dem Punkt, wo Sie sagen, im Wesentlichen ist es die Forderung des Ministeriums, die uns dazu veranlasst, genau dieses Vorgehen zu wählen. Es gibt da noch die Bedenken aus den Schulen, dass die natürlich keine zusätzliche Bürokratie oder Verwaltungstätigkeit für eine Außenstelle haben wollen – okay. Aber wenn es für diese neue Schule eine Schulleiterin oder einen Schulleiter gibt, dann ist es ja sowieso eine Person, die zusätzlich eingestellt werden muss. Ich würde mich freuen, wenn Sie auch trotz der hoffentlich positiven Beschlussfassung jetzt gleich trotzdem nochmal mit dem Ministerium ins Gespräch gehen und wenn es möglich ist, ohne weiteren Zeitverzug eine andere Variante zu finden, dass Sie es dann einfach probieren.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft

„Vielen Dank. Gibt es weiteren Redebedarf? Das sehe ich nicht. Dann können wir jetzt zur Abstimmung gelangen und ich eröffne hiermit die Abstimmung. Ich schließe die Abstimmung. 28 Ja-Stimmen, so beschlossen.“

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die schulrechtliche Errichtung eines neuen Schulstandortes.
Zum Schuljahr 2026/2027 wird zunächst an einem Interimsstandort in einer in Modulbauweise errichteten temporären Einrichtung an der Sporthalle Feldstraße in Greifswald das „Inklusive Schulzentrum am Ellernholzteich“ als Regionale Schule mit Grundschule aufwachsend mit der Klassenstufe 1 als zweizügige Schule zum Schuljahr 2026/2027 errichtet. Der Hortbetrieb erfolgt durch den Eigenbetrieb „HanseKinder“.
2. Mit dem Schuljahr 2028/2029 erfolgt die Fortführung des „Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich“ als zwei- bis dreizügige Regionale Schule mit dreizügiger Grundschule am Standort der Osnabrücker Straße in Greifswald.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	11	1

8.12 Wahl zum Gemeindevorstand der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-V/08/0137

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Al-Khoury verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Gemäß § 9 Abs. 3 des Gesetzes über Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz-LKWG M-V) wählt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Herrn Maik Pierron

zum Gemeindevorstand. Gleichzeitig scheidet Herr Achim Lerm als Gemeindevorstand aus seinem Amt aus.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

8.13 Neufassung der Satzung des Stadtarchivs**BV-V/08/0095-02**

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.13 bis 8.15.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Bucars seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die angehängte Neufassung der Satzung des Stadtarchivs.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	1	0

Anlage 1 Satzung Stadtarchiv 2025_03_14 öffentlich

Anlage 2 Satzung Stadtarchiv Synopsis 2025_03_14 öffentlich

**8.14 Neufassung der Archivbenutzungssatzung des
Stadtarchivs der Universität- und Hansestadt Greifswald****BV-V/08/0096**

behandelt unter TOP 8.13

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Bucars seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die angehängte Neufassung der Benutzungssatzung des Stadtarchivs.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	1

Anlage 1 Benutzungsatzung Stadtarchiv 2025 öffentlich

Anlage 2 Anlagen öffentlich

Anlage 3 Benutzungsatzung Stadtarchiv Synopse 2009-2025 öffentlich

8.15 Neufassung der Entgeltordnung des Stadtarchivs

BV-V/08/0097

behandelt unter TOP 8.13

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Bucars seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die angehängte Neufassung der Entgeltordnung des Stadtarchivs.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

Anlage 1 Entgeltordnung Stadtarchiv 2025 öffentlich

Anlage 2 Entgeltordnung Stadtarchiv Synopse 2009-2025 öffentlich

Anlage 3 Anlage Kostendeckungsgrad - Kosten eines Arbeitsplatzes nach KGST öffentlich

8.16 Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Gemeinde Neuenkirchen zum Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages

BV-V/08/0125-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Bucars seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Verhandlungen über einen Vertrag zur Eingliederung von Teilflächen der Gemeinde Neuenkirchen im Bereich östlich der Stralsunder Landstraße bzw. der Stralsunder Straße in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald aufzunehmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	1

Anlage 1 Lageplan - Eingemeindungsfläche öffentlich

Anlage 2 Lageplan - Eigentümerübersicht nichtöffentlich

8.17 Anpassung der Grundstückspreise im B-Plan 13

BV-V/08/0091-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V betroffen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ergänzt ihre bisherigen Entscheidungen zum Verkauf von Baugrundstücken im Bebauungsplangebiet Nr. 13 „Am Elisenpark“ vom 01.02.2021 (BV-V/07/0332-01), vom 19.10.2020 (BV-V/07/0271), vom 16.12.2019 (BV-V/07/0106) und vom 27.06.2022 (BV-V/07/0583) wie folgt:

Die in den vorgenannten Beschlüssen festgelegten Quadratmeterpreise für die Vermarktung der Grundstücke im B-Plan 13 werden auf Grundlage der fachlichen Stellungnahme des Gutachterausschusses zum Stichtag 05.08.2024 wie folgt angepasst:

Bauparzelle 18 bis 24	160,00 €/m ²
Bauparzelle 1 und 2	225,00 €/m ²
Bauparzelle 12	200,00 €/m ²

Sollten nicht alle Grundstücke im B-Plan 13 bis zum Ablauf der Gültigkeit der aktuellen

Stellungnahme zum 05.08.2026 verkauft sein, erfolgt die weitere Vermarktung auf Grundlage der dann jeweils aktuellen fachlichen Stellungnahme des Gutachterausschusses für Grundstückswerte im Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Anlage 1 Parzellierungsplan B-Plan 13 öffentlich

**8.18 31. Änderung des Flächennutzungsplans der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Änderungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr.
120 – Ostseeviertel-Ryckseite-Ost -)** **BV-V/08/0109**

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.18 und 8.19.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Tagesordnungspunkte auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V betroffen.

Frau Dr. Hahnenkamp

- . macht darauf aufmerksam, dass 2021 von der damaligen Bürgerschaft die Strategie zum Stadtumbau Ostseeviertel-Ryckseite einstimmig beschlossen worden sei. Bei der Planung sollte auf die bestehenden Natur- und Lebensräume geachtet werden. Für die Bevölkerung solle ein lebenswertes Umfeld geschaffen werden. Aber auch ökologische Freiräume für Mensch, Tier und Pflanzen werden benötigt. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien die Punkte keine Bebauung in Gewässer- und Moornähe und Wiesen und ein naturnaher Weg im Übergang zwischen Bebauung und Grünland wichtig.
- . fragt, weshalb bei der Beschlussvorlage keine Auswirkungen auf den Klimaschutz angegeben worden seien.
- . weist auf einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Ressourcen hin.

Herr Liedtke

- . berichtet, aus der Sitzung der Ortsteilvertretung Ostseeviertel zu den beiden Beschlussvorlagen (TOP 8.18 und 8.19), welche dort parteiübergreifend befürwortet worden seien.
- . wirbt um Zustimmung.

Herr Dr. Meyer

- . teilt seine Zustimmung mit.
- . erinnert an die Sitzung der Bürgerschaft am 04.12.2023, in welche die Fraktion BG/FDP/KfV eine Beschlussvorlage eingebracht habe, die die Erstellung eines Bebauungsplans vorgesehen habe. Die Beschlussvorlage sei damals abgelehnt worden.

Herr Ziola

- . sagt, dass ein Teil der Bevölkerung kritisiere, dass die Sichtachse durch diese Bebauung

beeinflusst werde. Möglicherweise könne das Panorama durch eine geschickte Gestaltung in gewissen Bereichen erhalten werden.

Es entsteht eine Debatte zu den damaligen Überlegungen hinsichtlich der Aufstellung von Containern für geflüchtete Menschen.

Herr König

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Es gibt keine Gegenrede. Dadurch wird die Debatte beendet.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Beschluss zur 31. Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt:

1. Für das Gebiet südlich der Vitus-Bering-Straße, westlich des Ketscherinbachs, nördlich der Wolgaster Straße und östlich angrenzend an die Roald-Amundsen-Straße soll gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) der Flächennutzungsplan (FNP) geändert werden, um dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Absatz 2 BauGB zu entsprechen. Die 31. Änderung des FNPs soll im Parallelverfahren zum Bebauungsplan Nr. 120 – Ostseeviertel-Ryckseite-Ost – erfolgen. Ziel ist es, die bisherigen Darstellungen des FNPs (Anlage 1) zu ändern und Wohnbauflächen, Flächen für Gemeinbedarf (Kindertagesstätte, Sportlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen und Schule – allgemeinbildend), Allgemeine Grünflächen sowie Sonderbauflächen mit der Zweckbestimmung Sport und Parken darzustellen.
2. Die Öffentlichkeit ist gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten.
3. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	2

Anlage 1 250204_FNP_31_Aend_An1_1 öffentlich

**8.19 Bebauungsplan Nr. 120 - Ostseeviertel-Ryckseite-Ost -
der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Aufstellungsbeschluss**

BV-V/08/0110

behandelt unter TOP 8.19

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V betroffen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 120 - Ostseevierviertel-Ryckseite-Ost - wie folgt:

1. Für das Gebiet südlich der Straße Am Ryck, westlich des Ketscherinbachs, nördlich der Wolgaster Straße und östlich angrenzend an die Roald-Amundsen-Straße, soll gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Ziel der Planung ist die nachhaltige städtebauliche Entwicklung des Areals, die die Deckung des Wohnraumbedarfs sowie die Sicherung der Wohnfolgeeinrichtungen der Bevölkerung gewährleistet.
2. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	2

Anlage 1 250204_B120_Aufstellung_An1_1 öffentlich

8.20 Bebauungsplan Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost –, Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss (2. Durchgang)

BV-V/08/0133

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V betroffen.

Herr König

. sagt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage zustimmen werde. In der Diskussion im Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit sei u. a. aufgefallen, dass die Grünanlagen im Bebauungsplan sehr spärlich wirken.

. appelliert an den Investor und die Stadtverwaltung, den Umfang der Grünflächen zu erhöhen.

Ein weiterer Punkt sei die verkehrliche Anbindung.

. bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob eine Anbindung an die Wiesenstraße nicht doch möglich sei. Auch für die Ampelschaltung in der Bahnhofstraße müsse eine bessere Lösung gefunden werden, damit der Fluss des Verkehrs verbessert werde.

. hebt die Bedeutung der bestehenden Kultureinrichtungen hervor und bittet um deren Erhaltung.

Herr Barsch

. berichtet aus der Sondersitzung der Ortsteilvertretung Innenstadt zu diesem Thema.
. befürwortet die Vorgaben zur Verwendung erneuerbarer Energien. Durch den Bebauungsplan werde insgesamt eine Aufwertung des Gebiets zwischen der Innenstadt und der Fleischervorstadt vorgenommen. Die Trennung des Verkehrs je nach Nutzung sei sehr überzeugend.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr von Malottki seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss (2. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost – wie folgt:

1. In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost -, Beschluss-Nr. B586-21/17 vom 17.07.2017, wird die Plangrenze des Geltungsbereiches geändert und die Abgrenzung wie im Entwurf (2. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost - (Anlage 2) beschlossen.
2. Die Abwägung der gemäß § 3 Absatz 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost - sowie dessen Begründung wird gemäß Abwägungsprotokoll (Anlage 1) beschlossen.
3. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost - (Anlage 2) sowie dessen Begründung (Anlage 3) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
4. Der Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost - (Anlage 2) sowie dessen Begründung (Anlage 3) sind gemäß § 4a Absatz 3 i. V. m. § 13a Absatz 2 Nr. 1, § 13 Absatz 2 Nr. 2, Absatz 3 Satz 1 und § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) erneut zu veröffentlichen.
5. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Absatz 3 i. V. m. § 13a Absatz 2 Nr. 1, § 13 Absatz 2 Nr. 3, Absatz 3 Satz 1 und § 4 Absatz 2 BauGB zu dem Entwurf (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost -, einschließlich dessen Begründung, erneut zu beteiligen.
6. Die Veröffentlichung des Entwurfs (2. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 113 – KAW-Gelände Süd-Ost – (Anlage 2) und dessen Begründung (Anlage 3) ist ortsüblich bekannt zu machen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

Anlage 1 01_B113_Entw.2D._Anl.1_Abwägung zum Entwurf öffentlich

Anlage 2 02_B113_Entw.2D._Anl.2_Plan öffentlich

Anlage 3 03_B113_Entw.2D._Anl.3_Begründung öffentlich

- Anlage 4 04_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.1_AFB öffentlich
- Anlage 5 05_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.2_Bestands- und Konfliktplan
öffentlich
- Anlage 6 06_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.3_VTU öffentlich
- Anlage 7 07_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.4_STU öffentlich
- Anlage 8 08_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.5_Biomarkt öffentlich
- Anlage 9 09_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.6_Fahrradmarkt_230914 öffentlich
- Anlage 10 10_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.7_Fahrradmarkt_240731 öffentlich
- Anlage 11 11_B113_Entw.2D._Begründg._Anl.8_Baugrund öffentlich

8.21 2. Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlich-rechtlichen Straßen, Wegen und Plätzen

BV-V/08/0083

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr von Malotki seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Sondernutzung an öffentlich-rechtlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald laut Beschlussfassung vom 22.02.2024 (Beschluss BV-P-ö/07/0347-05).

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	2

- Anlage 1 07.02.25 - Synopse_ Satzung über die Sondernutzung öffentlich

Anlage 2 10.02.25 - 2. Änderungssatzung zur SoNuSatzung öffentlich

Anlage 3 Anlage 4 zur Sondernutzungssatzung öffentlich

8.22 Prüfauftrag: Sanierung des Volksstadions ermöglichen! BV-P-ö/08/0140

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Barsch bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Frau Görs ihre Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Erweiterung der städtebaulichen Fördergebiete für Schönwalde II auf das Gebiet des Volksstadions zu prüfen und im Falle eines positiven Prüfergebnisses alle notwendigen Vorbereitungshandlungen für die Fassung der notwendigen bürgerschaftlichen Beschlüsse einzuleiten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	2

8.23 Unterstützung des Handball Club Vorpommern-Greifswald BV-P-ö/08/0142

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Schwenke bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Rappen bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Unterstützung des Handball Club Vorpommern-Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0142*“ (BV-P-ö/08/0142-01) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein.

Frau Wuschek

- . betont, dass das Thema Sport sehr wichtig sei.
- . stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückverweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse, da noch einige Fragen offen seien.

Frau Horn

. hält eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag von Frau Wuschek.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Frau Wuschek auf Zurückverweisung in die Fachausschüsse abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	33	0

Bei der Abstimmung hat Frau Siewert ihre Stimme nicht abgegeben.

Herr Winter

. bekräftigt Frau Wuscheks Aussage, dass noch einige Punkte, wie z. B. die anschließende Reinigung, ungeklärt seien.

Frau Horn

. macht darauf aufmerksam, dass dem Handball Club Vorpommern-Greifswald durch die Beschlussvorlage zunächst lediglich eine grundsätzliche Unterstützung signalisiert werde.

Frau Dr. Schwenke

. widerspricht der Aussage von Herrn Winter und sagt, dass die Reinigung zwischen dem Verein und der Verwaltung geregelt werde.
. sieht das Ansinnen des Änderungsantrages als selbstverständlich an.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

. den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu: Unterstützung des Handball Club Vorpommern-Greifswald*
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0142“ (BV-P-ö/08/0142-01) der CDU-Bürgerschaftsfraktion abstimmen.
. die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Handball Club Vorpommern-Greifswald weitestmöglich bei seinen Aufstiegsplänen zu unterstützen.

¹ *Hierbei sind die Interessen anderer Sportvereine und des Breitensportes, insbesondere bei der Vergabe von Hallenzeiten, gleichermaßen zu berücksichtigen.*

¹ *Änderungsantrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	4

Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0142

behandelt unter TOP 8.23

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird um folgenden Satz ergänzt:

„Hierbei sind die Interessen anderer Sportvereine und des Breitensportes, insbesondere bei der Vergabe von Hallenzeiten, gleichermaßen zu berücksichtigen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	14	4

8.24 Spielzeugkisten an Spielplätzen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-P-ö/08/0144-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malottki

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. weist auf eine Änderung im Beschlussvorschlag hin, durch die die Verwaltung beauftragt werde, das erfolgreiche Projekt nur auf geeignete Spielplätze auszuweiten.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Valentin** erklärt **Herr Barsch**, dass 13 TEUR für dieses Projekt vorgesehen seien.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Frau Hübner ihre Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald begrüßt die Initiative Greifswalder Eltern für offene Spielzeugkisten an den Spielplätzen am Poeler Weg im Ostseeviertel und an der Ernst-Bernheim-Straße in Groß Schönwalde sowie deren Umsetzung durch die AG kinderfreundliches Greifswald und der Kinderbeauftragten. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung das erfolgreiche Projekt zeitnah auf alle geeignete Spielplätze der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auszuweiten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	2

**9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft**

keine

10 Ende der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 21:28 Uhr.

Protokollführung

Präsidentin der Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg

Prof. Dr. Madeleine Tolani